

## **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung vermeiden**

Die Bewusstmachung über sexistische Werbung ist ein wichtiger Ansatz und Dauer- aufgabe. Über rein appellative Initiativen hinaus müssen für eine echte politische und wirksame Einflussnahme jedoch konkrete und verpflichtende Maßnahmen zu deren Vermeidung ergriffen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Der Beschlusspunkt 1 wird wie folgt geändert:

Der Senat wird gebeten, im Sinne einer Selbstverpflichtung die Ressorts, Ge- sellschaften, Zuwendungsempfänger und Vertragspartner des Landes und der Kommunen anzusegnen, Bilder und Aussagen in der Werbung zu vermeiden, die die Grenzen zu sexistischer und/oder diskriminierender Werbung über- schreiten und hierfür verbindliche Leitlinien festzulegen.

2. Der Beschlusspunkt 3 wird wie folgt ergänzt:

Es wird ein transparentes Verfahren für Beschwerden erarbeitet, aus dem her- vorgeht, in welcher Weise auf die betroffenen Unternehmen eingewirkt wurde.

3. Der Beschlusspunkt 4 wird wie folgt ergänzt:

Insbesondere mit den privaten Betreibern der öffentlichen Werbeflächen in Bre- men sind Nutzungsverträge mit entsprechenden Vereinbarungen anzustreben.

Claudia Bernhard,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE